

## Ampelkoalition ringt um Heizungsgesetz

Der Streit wütet seit Wochen heftig. Hausbesitzer sind verunsichert. Könnte das Ganze doch noch kippen?

**BERLIN.** Bundeskanzler Olaf Scholz rechnet trotz des heftigen Koalitionsstreits nicht mit grundlegenden Änderungen an den Plänen zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen. Es werde nun im Bundestag geschaut, ob das Gesetz an der einen oder anderen Stelle präzisiert werden könne. „Allerdings gehe ich davon aus, dass es in seiner Grundstruktur darüber nicht verändert wird“, sagte Scholz.

Dagegen kam vor allem aus der FDP am Wochenende die Forderung, den Entwurf im Kern zu überdenken. Der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Michael Kruse, sagte: „Angesichts der Umstrukturierung in der Führungsspitze des Ministeriums sollte Minister Habeck einen neuen, realistischen Zeitplan für das Heizungsgesetz vorschlagen, um es grundsätzlich zu überarbeiten.“

Der Klimaforscher Ottmar Edenhofer würde das umstrittene Gesetz ganz aufgeben. „Die Ampel hat sich beim Klimaschutz verheddert“, sagte der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Edenhofer sprach sich für eine Steuerung über den Preis für den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) aus. „Den nationalen Emissionshandel mit Emissionsobergrenzen sofort arbeiten zu lassen ist klüger als die Verbots- und Gebotspolitik“, sagte er. So könne das Heizen mit Gas schrittweise, aber deutlich verteuert werden. Dann würden die Menschen von sich aus auf CO<sub>2</sub>-ärmere Heizungen umstellen.

Nach dem Gesetzentwurf soll von 2024 an möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Öko-Energie betrieben werden. Das soll für alle Eigentümer bis zum Alter von 80 Jahren gelten. Bestehende Öl- und Gasheizungen können weiter betrieben, kaputte repariert werden. Der Umstieg soll laut Wirtschaftsministerium durch Förderung sozial abgefedert werden.

Die Grünen wollen das Gesetz möglichst schnell beschließen. Sie wollen aber auch Mieter vor großen Belastungen bewahren. Deshalb wollen sie die neue Heizung bis zu 80 Prozent fördern, nicht nur bis 50 Prozent wie vorgesehen. Auch die SPD will, „dass niemand wirtschaftlich und sozial überfordert wird“, betonte Kanzler Scholz. *dpa*